

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1889

17.5.1889 (No. 134)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 17. Mai.

№ 134.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. 1889.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile über deren Raum 20 Pfennig. Briefe und Gelder frei.

Ämtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewegen gefunden, dem Generaldirektor der Staatsbahnen, Schnorr von Carolsfeld;

a. den Stern zum bereits innehabenden Kommandeurenkreuz 2. Klasse:

dem Generaldirektor der Königlich Bayerischen Staatsbahnen, Schnorr von Carolsfeld;

b. das Kommandeurenkreuz 2. Klasse:

dem Vorstand der Verkehrsabtheilung der Generaldirektion der Königlich Bayerischen Staatsbahnen, Direktor Böhme, sowie

dem Direktor der Pfälzischen Eisenbahnen, Königlich Bayerischen Regierungsrath Ritter von Lavale;

c. das Ritterkreuz 1. Klasse:

dem stellvertretenden Direktor Becker bei diesen Bahnen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewegen gefunden, dem Generaldirektor der Staatsbahnen, Geheimen Rath W. Eisenlohr, die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner Königlichen Hoheit dem Prinz-Regenten von Bayern verliehenen Königlich bayrischen Verdienstordens vom heiligen Michael 2. Klasse mit Stern und

dem Betriebsdirektor Geheimen Rath 3. Klasse Schupp

sowie dem Vorstand der Gütertarifabtheilung der Generaldirektion der Staatsbahnen, Oberregierungsrath Schröder,

die höchste Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des ihnen von Seiner Königlichen Hoheit dem Prinz-Regenten von Bayern verliehenen Königlich bayrischen Verdienstordens vom heiligen Michael 2. Klasse zu ertheilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewegen gefunden, dem Reichsbevollmächtigten für Böhme und Steuern, Geheimen Finanzrath Bierordt in Magdeburg, die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner Hoheit dem Herzog von Anhalt verliehenen Kommandeurenkreuzes 2. Klasse des Herzoglichen Hausordens Albrechts des Bären zu ertheilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 8. Mai 1889 gnädigst geruht, den Lehramtspraktikanten Emil Schmitt an der Höheren Mädchenschule in Baden zum Professor an der genannten Anstalt zu ernennen.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 16. Mai.

König Humbert von Italien wird bei seinem bevorstehenden Besuche am deutschen Kaiserhofe unzweifelhaft diejenige Aufnahme von Seiten der Bevölkerung Deutschlands finden, die der aufrichtigen und herzlichen Sympathie für den treuen Allierten unseres Kaisers und den Freund des Deutschen Reiches entspricht. Unabhängig von dem Programm, welches von amtlicher Seite für die Tage der Anwesenheit des Königs Humbert in Berlin aufgestellt worden ist und seinen Hauptzügen nach bereits in Nr. 131 ds. Blts. mitgeteilt wurde, bereiten auch die städtischen Behörden, die Künstlergesellschaft, die Studentenschaft Berlins Ovationen für den erlauchten Gast des Kaiserhauses vor. Wie ein Telegramm aus Berlin uns meldet, beantragt der Magistrat bei den Stadtverordneten, einen Kredit von 150 000 Mark zur Ausschmückung der Straßen zu bewilligen, um damit der ehrerbietigen Sympathie der Reichshauptstadt für den hohen Freund des Kaisers Ausdruck zu geben. Es ist ebenso unzweifelhaft, daß dieser Antrag die freundliche Zustimmung der Berliner Stadtverordnetenversammlung findet, wie es unzweifelhaft ist, daß er weit über die Kreise der Berliner Bevölkerung hinaus Befriedigung erregen wird; denn man weiß es in Deutschland zu würdigen, welchen Antheil König Humbert persönlich an dem Eintritt Italiens in die mitteleuropäische Allianz und an der dadurch bewirkten Verstärkung der Friedensgarantien gehabt hat, und wie er mit fester Hand die auswärtige Politik Italiens in dieser Richtung leitet.

Aus den für den Monat März und für die Zeit vom 1. Januar bis Ende März l. J. im Märzheft der „Statistik des Deutschen Reichs“ veröffentlichten Uebersichten über die Ein- und Ausfuhr der wichtigeren Waarenartikel im deutschen Zollgebiete ergibt sich bezüglich der Einfuhr von Getreide, Hülsenfrüchten und Malz, daß dieselbe vom 1. Januar bis Ende März d. J. erheblich größer als im korrespondierenden Zeitraum des Vorjahres

gewesen ist. Dieser Umstand erklärt sich zum großen Theil dadurch, daß die Einfuhr von Getreide u. in dem ersten Viertel des Jahres 1888 unter der Einwirkung der im November 1887 beschlossenen Zollserhöbungen und der denselben vorausgegangen Steigerung der Einfuhr eine sehr geringe war. Eingeführt wurden im ersten Quartal des gegenwärtigen Jahres (Alles in D. 3. Doppelzentnern zu 100 K.) an Weizen 1294 968 (+ 797 039); Roggen 1985 425 (+ 1 756 553); Hafer 437 363 (+ 147 313); Buchweizen 74 374 (+ 37 414); Gerste 1 549 956 (+ 885 089); Mais und Darr 609 237 (+ 504 551); Malz 187 583 (+ 16 163); Hülsenfrüchte 237 646 (+ 149 534). Darunter waren russischen Ursprungs: Weizen 708 843, Roggen 1 612 540, Hafer 353 550, Buchweizen 49 383, Gerste 528 204 und Mais 131 286 Doppelzentner. Die Ausfuhr von Weizen, Roggen, Hafer und Buchweizen belief sich in demselben Zeitraum nur auf 4 375 Doppelzentner gegen 14 807 Doppelzentner im gleichen Zeitraum des Vorjahres, ist demnach merklich zurückgegangen. Auch die Ausfuhr von Hülsenfrüchten fiel von 42 741 Doppelzentner auf 10 904 Doppelzentner. Dagegen hob sich die Ausfuhr von Gerste von 23 948 Doppelzentnern auf 54 871 Doppelzentner. In der Einfuhr von Mehl zeigt sich aus denselben Gründen wie beim Getreide eine Steigerung von 9 895 auf 21 006 Doppelzentner; aber auch die Ausfuhr von Mehl hat eine Zunahme um 111 814 Doppelzentner (291 644 gegen 179 830 Doppelzentner) erfahren. Auf die Ausfuhr aus Mühlenlagern treffen von dieser Ausfuhr 278 554 Doppelzentner. Von Kartoffeln wurden 113 258 Doppelzentner ein- und 346 179 Doppelzentner ausgeführt, gegen den entsprechenden Zeitraum des Vorjahres 53 988 bzw. 174 867 Doppelzentner mehr. Eine Zunahme der Einfuhr von Kartoffeln zeigt sich namentlich im Verkehr mit Rußland, von woher 87 684 Doppelzentner gegen 28 589 Doppelzentner zur Einfuhr kamen.

Deutschland.

* Berlin, 15. Mai. Ihre Majestät der Kaiserin und die Kaiserin wohnen heute anlässlich des Bußtages dem Gottesdienste in der Nikolai-Kirche bei. Später empfing der Kaiser den Oberhof- und Hausmarschall Grafen Liebenau und darauf den kommandirenden General des Gardecorps, General v. Meerseid-Hüllessem, der mit einer Einladung zum Dejeuner beehrt wurde. Morgen früh um 8 Uhr begibt der Kaiser sich zur Truppenbesichtigung nach Potsdam.

Hinsichtlich der Ovation für Seine Majestät den König von Italien, welche die Berliner Studentenschaft dem erlauchten Gäste des Kaiserpaars in Form eines glänzenden Wagenzuges darzubringen gedenkt, hat der Vorsitzende des Ausschusses, Herr cand. math. Richard Loose, heute eine Audienz beim italienischen Vorkonsul, Grafen Launay gehabt. Derselbe erklärte sich auf den ihm gehaltenen Vortrag gern bereit, seinem König das Ersuchen um Entgegennahme der studentischen Huldbigung zu unterbreiten.

Die hier eingetroffene türkische Gesandtschaft wird morgen Audienz beim Kaiser haben und sodann zur Tafel geladen werden.

Die Gesandtschaft der Mandara-Neger ist heute Abend 9^{1/2} Uhr hier eingetroffen. Sie begab sich sofort nach dem Kaiserhof, wo für sie Quartier vorgeesehen war.

Die vereinigten Ausschüsse des Bundesraths für das Landheer und die Festungen und für das Seewesen traten gestern zu einer Sitzung zusammen.

Der deutsche Reichskommissar bei der Melbourneer Ausstellung, Regierungsrath Wermuth, ist wieder in Berlin eingetroffen. Die Abwicklung der Geschäfte hat nach dem am 31. Januar d. J. erfolgten Schluß der Ausstellung, wie man dem „F. Z.“ meldet, einen befriedigenden Verlauf genommen.

Der „Allgem. Ztg.“ meldet man von hier: Zwischen den Mitgliedern der Deputation der westfälischen Kohlenarbeiter und Hammacher als Mitglied des Vorstandes des Vereins der Grubenbesitzer fanden unter Vermittlung der Abgg. Schmidt (Ebersfeld) und Baumbach Verhandlungen statt, welche zu einer protokolllarisch festgestellten vorläufigen Verständigung über sämtliche bei dem Streik in Betracht kommende Forderungen geführt haben und Aussicht auf baldige Beilegung des Streiks eröffnen. Die Arbeiter lehnten die Aufforderung des Sozialisten Singer zu einer Besprechung mit dessen Parteigenossen ab.

Ueber deutsche Beamte in der Türkei schreibt man der „Köln. Ztg.“ aus Konstantinopel:

Unser deutscher Landsmann, der Untersekretär in der Generaldirektion der indirekten Steuern, Herr E. Bertram (früher Zollinspektor in Saarburg), hat seinen Vertrag mit der Pforte um weitere drei Jahre verlängert. Herr Bertram, dessen Bemühungen um den Fortschritt der türkischen Zollverrichtungen allseitig anerkannt werden, hat auch an der Gestaltung des dem deutsch-türkischen, im Abschluß begriffenen Handelsvertrages zu Grunde liegenden Tarifs maßgebenden Antheil genommen. Der Vertreter der deutschen Staatsgläubiger in der Verwaltung der öffentlichen osmanischen Staatsschuld, der frühere Staatsanwalt Alfred Gieseler vom Kölner Landgericht, ist soeben

vom Sultan durch die Verleihung des großen Bandes vom Medschidieh-Orden geehrt worden. Herr Gieseler, der unter besonders schwierigen Verhältnissen auf seinen jetzigen Posten berufen worden, hat es innerhalb der vielföpfigen internationalen Behörde nicht nur vortreflich verstanden, die ihm anvertrauten Interessen zu wahren, er ist auch eine Art Vertrauensmann der Pforte geworden, die in dem Deutschen den objektivsten, am wenigsten parteiischen Beurtheiler sieht, wo es sich auf dem besondern Gebiete um den Widerstreit von Meinungen handelt.

Braunschweig, 15. Mai. Nach amtlicher Bekanntmachung trifft Seine Majestät der Kaiser am Samstag Abend um 7 Uhr hier ein und bleibt bis zum Sonntag Abend 6^{1/2} Uhr.

Selsenkirchen, 15. Mai. Heute Abend ist im ganzen Oberbergamtsbezirk Dortmund irgendetwelche weitere Ruheförderung nicht vorgekommen. Durch den Bericht über den Empfang der Arbeiterdeputation beim Kaiser erscheint die Beilegung des Ausstandes näher gerückt. Bis gestern war derselbe noch überall ein vollständiger. Morgen früh findet eine Sitzung der Arbeiterdelegirten des Kreises Selsenkirchen statt.

Essen, 15. Mai. Eine Abordnung der Grubenbesitzer, bestehend aus den Herren Dr. Hammacher, Geh. Kommerzienrath Daniel (Ruhort), Bergassessor Krabler (Altenessen) und Berggrath v. Belsen (Dortmund), hat heute Nachmittag die Reise nach Berlin angetreten. Der Empfang der Deputation bei Seiner Majestät dem Kaiser wird am Donnerstag Nachmittag oder Freitag Vormittag stattfinden.

Aachen, 15. Mai. Auf der Grube „Louise“ (Schweizer Bergwerksverein) legten zwei Drittel der Belegschaft gestern die Arbeit nieder. Auf der Grube „Anna“, der bedeutendsten des Bergwerksvereins, ist Alles ruhig.

Chemnitz, 15. Mai. Die Belegschaften zweier Kohlenwerke des Zwickauer Reviers sind heute Vormittag wegen Lohnaufbesserung vorstellig geworden. Für morgen ist eine Versammlung der Bergarbeiter in Zwickau angefündigt.

Breslau, 15. Mai. Die „Breslauer Zeitung“ meldet aus Waldenburg, die Zahl der im Kohlenrevier Streikenden betrage gegen 6 000. Die Ausständigen verlangen 25–30 Prozent Lohnerhöhung und zehntägige Schicht. Bei der Grube „Glückhül“ wurde die Bewilligung dieser Forderungen bei sofortiger Arbeitsaufnahme zugesagt.

Hirschberg, 16. Mai. (Tel.) Zur weiteren Verstärkung ist Nachts eine Kompanie des 5. Jägerbataillons mittelst Extrazugs nach dem Streikgebiet abgegangen.

Waldenburg, 15. Mai. Nachdem gestern Abend ein Infanteriebataillon zum Schutze gegen etwaige Ruhestörungen aus Freiburg eingedrückt war, traf heute Nachmittag zur Verstärkung desselben ein weiteres Bataillon aus Schweidnitz ein. Der Oberpräsident v. Seydewitz ist, um die Vorkehrungen für die öffentliche Sicherheit persönlich zu überwachen, hier angekommen.

Wiesbaden, 15. Mai. Ihre Majestät die Kaiserin von Oesterreich wird nach Beendigung der hiesigen Kur für vier Wochen nach Oesterreich zurückkehren und sodann in ein holländisches Seebad, wahrscheinlich Zandvoort, gehen, wo Allerhöchstdieselbe bereits zweimal weilte.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 15. Mai. Der Präsident des obersten Gerichtshofes, Ritter von Schmerling, beging heute die Feier der Vollendung seines sechzigsten Dienstjahres. Aus diesem Anlaß brachten ihm die Vertreter der obersten Gerichtsbehörden ihre Glückwünsche dar, wobei auch Oberstkämmerer Graf Trauttmansdorff und der Justizminister erschienen. Der zweite Präsident des obersten Gerichtshofes, Stremayr, verlas ein kaiserliches Handschreiben, worin der unvergänglichen Verdienste des Jubilars gedacht wird. Sodann hielt Stremayr eine Ansprache, in welcher er Schmerlings unerschütterlichen Rechtsinn rühmte, der den obersten Gerichtshof von den politischen Tagesströmungen und den Rückwirkungen des Nationalitätenkampfes freigehalten habe. Zum Schluß brachte Redner ein Hoch auf den Jubilar aus und überreichte demselben als Ehrengabe eine Statuette der Austria. Der Jubilar dankte tiefergerührt und gelobte, für den Rest seines Lebens wie bisher, entsprechend den Intentionen des Monarchen zu wirken. Er drückte seine Gefühle der Treue, Anhänglichkeit, Liebe und Dankbarkeit für den Kaiser aus und schloß mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser. Die Blätter beglückwünschten Hrn. v. Schmerling in sehr herzlichen Worten, indem sie seine zahlreichen Verdienste und seinen stets bewährten hingebenden Patriotismus feierten (vergl. die unten mitgetheilten Aeußerungen des „Fremdenblattes“). — Das Herren-

hans hat das Budget und das Finanzgesetz für 1889 unverändert angenommen. — Die für den 19. ds. von den antitemitischen Gemeinderäten in der Volkshalle des neuen Rathhauses einberufene große Versammlung ist polizeilich verboten worden.

Pest, 15. Mai. Zwischen dem Unterrichtsminister Grafen Albin Gzaly und der liberalen Partei besteht ein Konflikt, der in der gestrigen Klub Sitzung der liberalen Partei so scharfe Formen angenommen hat, daß der Minister die Rücktrittsfrage stellte. Die Mehrheit der liberalen Partei bekämpft die von Gzaly projektierte Errichtung katholischer Knabenerziehungsinstitute und der Minister hat für den Fall, daß die Majorität sich gegen ihn erkläre, sein Portefeuille zur Verfügung gestellt. (Nach einer späteren Mitteilung wäre im Ministerrath auf Vorschlag Tisza's ein Vermittlungsantrag vereinbart worden, welchen Gzaly acceptirte.) Im Abgeordnetenhaus erklärte auf eine Anfrage Minister Baros, der Ausgleich mit der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft sei nicht zu Stande gekommen, weil die Gesellschaft das Interesse Ungarns zu wenig berücksichtige. Der Vorwurf, die Regierung wolle die Gesellschaft ruinieren, sei unbegründet; ein eventueller Ausgleich solle eben die Stellung der Gesellschaft in Ungarn festigen. Die Regierung, frei von Leidenschaftlichkeit, sei bloß auf die notwendige Wahrung der Interessen Ungarns bedacht. Falls ein Ausgleich mißlinge, würden einige kleine, dem Staate gehörige Schiffe auf der Theiß und unteren Donau gute Dienste leisten. Klein beginnend, werde die Regierung für die Entwicklung der heimischen Interessen Vorkehrungen treffen, ohne im Geringsten die Vertragsrechte zu verletzen. Sodann stellt der Minister in Bälde billige Eisenbahnfahrpreistarife in Aussicht.

Das „Fremdenblatt“ schreibt in einem Artikel über das Jubiläum des Herrn v. Schmerling: „Mit einem Werke hat Herr v. Schmerling für immer in die Entwicklung Oesterreichs eingegriffen und mit diesem wird sein Name stets verknüpft bleiben. An dieses allein denkt heute die Bevölkerung, wenn ihre hervorragendsten Vertreter dem Staatsmanne ihre Glückwünsche darbringen. Herr v. Schmerling hat durch die Februar-Verfassung die Grundlagen für den parlamentarischen Einheitsstaat geschaffen, Fundamente für unser politisches Leben gelegt, die allen Stürmen siegreich Trotz geboten haben und heute die mächtigsten Schutzwälle der Einheit, des Staatsgedankens und des Deutschthums sind. Nicht mit ihm begannen die ersten Versuche, den Absolutismus, der schwer auf dem Reiche lastete, durch das konstitutionelle System abzulösen, aber er war es, der die Nothwendigkeit erkannte, den Einheitsstaat vor Allem zu behaupten und den Deutschen die Stellung zu sichern, welche die Geschichte des Reiches, die Kultur und das Staatsinteresse ihnen angewiesen haben. Auf dem Grund dieser Verfassung erhob sich Oesterreich zu neuer Kraft und neuem Gedeihen, während Ungarn in seiner neugewonnenen Selbständigkeit die Quelle seiner Ernüchterung gefunden hat. Die Deutschen und die Freunde des Einheitsstaates haben allen Grund, heute des Herrn v. Schmerling zu gedenken, der selbst die Lebenskraft jener Schöpfung bewundern kann, welche er als Rath der Krone und mit Zustimmung des Monarchen geschaffen. Dankbaren Sinnes feiern deshalb heute auch die Führer der Deutschliberalen den Herrn v. Schmerling, und die Worte des Herrn v. Schlametzky und des Dr. Herbst entspringen wahren und warmen Empfindungen. Die Bevölkerung wird sie verstehen und wird diese Gefühle theilen, die Bevölkerung, so weit sie Verständniß für das konstitutionelle Leben und den Einheitsstaat bewahrt hat, so weit sie der Größe der Aufgabe inne bleibt, für einen vielsprachigen Staat und für Völker bereits einer großen Vergangenheit eine einheitsliche Verfassung zu schaffen, welche die Bürgschaften der Dauerhaftigkeit in sich tragen soll! Aber auch die slavischen Stämme des Reiches haben keinerlei Grund zum Grolle. Daß die Februar-Verfassung, wiewohl sie im Interesse des Staates das Deutschthum nach Möglichkeit zu schützen bemüht ist, doch keineswegs das Spiel der parlamentarischen Parteien ausschließt und auch den Nicht-Deutschen zur parlamentarischen Macht verhelfen kann, beweist ja die gegenwärtige parlamentarische Konstellation. Sie dokumentirt am Klarsten, daß die Februar-Verfassung eine österreichische Konstitution ist und bleibt, die keines Stammes Eigenart und politische Bedeutung verletzt und den Boden für das gemeinsame Wirken Aller bietet kann, wenn sie nur gemeinsam wirken wollten! Wahrlich mit Unrecht verlor die publizistischen Organe der Slaven den Herrn v. Schmerling mit ihrer Gegnerschaft. Sie freuen sich ob des eiserne Ringes, der die Fraktionen der Majorität umschließt. Sie sollten auch gerechter den Mann beurtheilen, welcher den eiserne Ring geschmiedet, der den ganzen Staat umfaßt und diesem Einheit sichert.“

Mailen. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Kairo, der Mahdi habe an den Khedive ein Schreiben gerichtet, welches den Sieg der Derwische über die Abyssinier anzeigt. Dem Schreiben lag ein Brief der Königin Victoria an Johannes bei, welcher nach der Schlacht von Metemeh im Jelle Johannes' gefunden wurde. — Der Friedenskongreß nahm eine Resolution an, welche den Wunsch ausdrückt, daß alle Völker ihre Zollgesetzgebung unter Wahrung größtmöglicher Handelsfreiheit in Uebereinstimmung bringen. Der Kongreß berieth sodann noch über das Prinzip des internationalen Schiedsgerichts und die Mittel zu dessen Anwendung. Mazzoleni brachte hierauf bezügliche Anträge ein, die in einer späteren Sitzung beraten werden sollen.

— Aus Rom schreibt man der „Nordd. Allg. Ztg.“: „Im Prinzip steht es fest, daß die italienische Regierung, von den günstigen Verhältnissen in Afrika Nutzen ziehend, ihre Stellung weiter vorrücken und eine für ihre Sicherheit und ihre Interessen erwünschte Position zwischen Amara und Kerem einnehmen wird; der Zeitpunkt aber für diese Vorwärtsbewegung bleibt ganz dem Ermessen der Regierung überlassen, welche allein in der Lage ist, zu beurtheilen, wann und wie weit sie ihre Stellung in Afrika vorzuschieben habe. Die in der italienischen Kammer über dies Thema stattgehabte eingehende Diskussion hat den Beweis geliefert, daß die überwiegende Mehrheit des Landes und seiner Vertretung die Ansichten und Pläne der Regierung über die künftigen in Afrika zu befolgende Haltung vollständig theilt, und daß sich die Politik des Ministerpräsidenten Crispi bei des vollsten und unbedingtsten Vertrauens des Landes erfreut. Selbst die Gegner einer entschiedenen Aktion der Re-

gierung in Afrika wagten es nicht, die Forderung aufzuheben, daß Italien nicht einen Schritt weit aus seiner gegenwärtigen Stellung sich hinauswagen dürfe und sich lediglich auf den Besitz von Massauah zu beschränken habe, sondern warnten bloß vor jeder Ueberstürzung. Da aber eine solche weder im Sinne der Regierung liegt, noch von der öffentlichen Meinung des Landes gewünscht wird, so konnten sich alle Interpellanten mit der Antwort des Ministerpräsidenten befriedigt erklären. Bloß einer derselben, der Emittent Bonghi, beharrte auf seinem negativen Standpunkt, hatte aber nicht den Muth, eine hierauf bezügliche Motion einzubringen, weil er recht wohl wußte, daß dieselbe mit Eklat zurückgewiesen worden wäre, und so endigte denn die Debatte über die Afrika-Affäre mit einem glänzenden Siege der Regierung. Die Erklärungen, welche der Ministerpräsident Crispi abgab, waren auch ganz und gar der Art, um jeden Patriot zu befriedigen; denn der Ministerpräsident wiederholte seine bei anderer Gelegenheit abgegebene Erklärung, daß Italien auch in Afrika eine Friedensmission befolge, keinerlei Eroberungen und Gebietsveränderungen anstrebe, sondern bloß seine gegenwärtige Stellung daselbst etwas verbessern und befestigen wolle, um in Zukunft ruhig der Kultivierung seines Besitzes und seiner Handelsbeziehungen obliegen zu können, daß die Regierung aber, um dies Ziel zu erreichen, nichts überstürzen, sondern mit ruhiger Ueberlegung den günstigen Zeitpunkt für die Ausführung ihrer Pläne wählen werde. Allen Anschein nach wird gegenwärtig, schon mit Rücksicht auf den bereits erfolgten Eintritt der heißen Jahreszeit in Afrika, keine größere Veränderung stattfinden, und daß die Kammer hierin der Regierung volle freie Hand läßt, beweist schon der Umstand, daß eine Motion Bacarini's, welche die Regierung dazu verpflichten wollte, bevor sie etwas Entscheidendes in Afrika unternähme, eigens die vorherige Zustimmung der Kammer einzuzahlen, fallen gelassen wurde, da der Antragsteller einah, daß sein Antrag in entschiedener Minorität bleiben werde.“

Frankreich.

Paris, 15. Mai. Die „Republique française“ schließt sich den Worten an, die der „Temps“ an die Abgeordneten zu Gunsten eines ruhigen und glatten Verlaufs der letzten Kammer Session richtete. Man müsse, sagt sie, sich vor jeder Ueberstürzung durch die Rechte und die Boulangisten hüten. Mit manchen Ministern möge man in dieser oder jener Frage nicht einverstanden sein, aber das jetzige Kabinet habe wenigstens das Glück gehabt, zwei wesentliche Punkte rasch und gut auszuführen: es habe den Boulangisten gezeigt, daß eine Regierung besteht, die sich vertheidigt, wenn man sie angreift, und diese Thatsache habe genügt, um den General Boulanger mit dem Grafen Dillon zur Rechten und Herrn Rodéfort zur Linken in die Ferne zu treiben; dann habe das Ministerium die Eröffnung der Ausstellung und die Centenarfeier wirklich zu einem unglückbaren Erfolge der Republik gemacht. Damit habe das Ministerium Tirard auch das Wahlsfeld für die Republik vorbereitet. Die Abgeordneten sollen das Nothwendige ausarbeiten, in der Kammer selbst keine Wahlreden halten, sondern dieselben für die Wahlkampagne vor ihren Wählern aufsparen. In der Kammer gehalten, führen solche Reden die Ruhe des Landes und gefährden die Regierung; außerhalb der Kammer, in ganz Frankreich zerstreut, seien sie eine berechtigige Manifestation des öffentlichen Lebens, die dem Lande nicht schade. — Das „Journal de Paris“ theilt als verbürgt mit, daß ein Gesetzentwurf zu Gunsten der Panamagesellschaft der Kammer vorgelegt werden würde. — Das Villeschalter des Eiffelturms ist heute Mittag geöffnet worden. Um 12 $\frac{1}{2}$ Uhr waren bereits 500 Billets zur Auffahrt gelöst. — Die Untersuchung gegen Perrin ist beendet und der Untersuchungsrichter hat die Akten dem Staatsanwalt übergeben. Perrin, welcher einen blinden Schuß abfeuerte, wird nicht vor das Geschworenengericht zur Aburtheilung gelangen; für die Sache ist vielmehr das Zuchtpolizeigericht zuständig. — Zwischen Frankreich und den Niederlanden wurde bekanntlich ein Uebereinkommen getroffen, demzufolge die Entscheidung über die Grenzstreitigkeiten in Guyano durch einen Schiedspruch erfolgen soll. Nun stellt sich aber heraus, daß die beiden Regierungen dieses Uebereinkommen verschieden auslegen. Die niederländische Regierung will die Befugnisse des Schiedsrichters derart beschränken, daß derselbe das streitige Gebiet nur ungetheilt dem einen oder dem anderen Theile zusprechen dürfe. Er solle zuerst bloß ein Gutachten in diesem Sinne auszusprechen befugt sein und behufs Erlaß des endgiltigen Urtheils neue Vollmachten abwarten. Frankreich hingegen hält sich an die Konvention und fordert unbeschränkte Vollmachten für den Schiedsrichter, gegen dessen Spruch eine Berufung nicht zulässig sein soll, ob nun dieser Spruch das streitige Gebiet theile oder ganz einem der beiden Theile zuweise. Die französische Regierung hat eine in diesem Sinne gehaltene Note an die niederländische gerichtet und erwartet deren Beantwortung; inzwischen dauern die Besprechungen fort. Bis auf Weiteres ist Niemand zur Befugung des streitigen Gebietes befugt.

Spanien.

Madrid, 15. Mai. Die „Gazeta“ veröffentlicht ein königliches Dekret, welches die Regierung zur Ausgabe zweier neuer Serien kleiner Titres der vierprozentigen perpetuellen Rente im Nominalbetrage von 100 und 200 Pesetas ermächtigt.

Großbritannien.

London, 15. Mai. Nach einer Meldung des Reuter'schen Bureau hat der Rhedive telegraphisch den Baron v. Richthofen wegen seiner Verdienste um das Zustandekommen der Konversion der privilegierten ägyptischen Schuld beglückwünscht. — Einem parlamentarischen Ausweise zufolge wurden im verflossenen Jahre von dem steuerbaren Grund- und Häuserbesitz Londons, dessen Steuerwerth auf 30 821 500 Pfd. Sterl. festgesetzt ist, Lokalsteuern im Betrage von 7 562 310 Pfd. St. erhoben, was im Durchschnitt etwa 25 Proz. des gesammten Steuerwerthes beträgt.

— Der „Standard“ veröffentlicht den Wortlaut der vom Schah von Persien dem Baron v. Reuter gewährten Konzession für die Gründung der „Reichsbank von Persien“. Dieses Recht ist für einen Zeitraum von 60 Jahren vom 30. Januar 1889, dem Tage der Unterzeichnung der Konzession, gewährt. Der Hauptstamm der Bank soll in Teheran sein und die Bank darf Zweiganstalten in anderen Städten Persiens, sowie im Auslande errichten. Das Kapital ist auf 4 Mill. Pfd. Sterl. beschränkt; davon soll zuvörderst 1 Mill. Pfd. Sterl. in Teheran, Berlin, London, Paris, Petersburg und Wien zur Zeichnung aufgelegt werden. Die neue Reichsbank besitzt das ausschließliche Recht der Emission von Noten an Porteur, zahlbar bei Sicht. Die Notenausgabe ist jedoch auf 800 000 Pfd. Sterl. beschränkt. Die persische Regierung übernimmt keine Bürgschaft für das Kapital der Bank. Letztere leistet vielmehr der persischen Regierung 40 000 Pfd. Sterl. zu 6% Zinsen für einen Zeitraum von 10 Jahren. Am Ende eines jeden persischen Finanzjahres (20. März) führt die Reichsbank 6% des jährlichen Reingewinns an die persische Regierung ab. Die von Reuter in 1872 bei der Bank von England hinterlegte Kaution von 40 000 Pfd. Sterl. wird der persischen Regierung als Bürgschaft für die Bildung der Bank übergeben. Am Tage nach der Bildung zahlt die persische Regierung dem Baron Reuter die Kautionssumme von 40 000 Pfd. Sterl. zurück. Gleichzeitig gewährt die persische Regierung der Reichsbank für die Dauer von 80 Jahren das ausschließliche Recht für die Ausbeutung der dem Staate gehörigen Eisen-, Kupfer-, Blei-, Quecksilber-, Kohlen-, Petroleum-, Mangan-, Borax- und Asbest-Minen in Persien.

Rußland.

St. Petersburg, 15. Mai. Der „Grashdanin“ schreibt: Der Erfolg der neuesten Anleihe ist gesichert durch den billigen Zeichnungskurs (91 $\frac{1}{2}$), hauptsächlich aber durch die zugesagte volle Berücksichtigung sämtlicher Anträge auf Umtausch der fünfprozentigen Konfols. Die „Nowoje Wremja“ macht auf die letzte Gelegenheit zur vortheilhaftesten Umwandlung der fünfprozentigen Konfols aufmerksam. Der Kredit Rußlands wachse in dem Maße, wie sich die politische Stellung Rußlands kläre, welche würdig und kräftig, aber durchaus friedlich sei. Die Bezeichnung der Rothschild-Gruppe an der Operation befinde das Vertrauen Europa's in die Zweckmäßigkeit der russischen Finanzpolitik.

Rumänien.

Bukarest, 15. Mai. Der König empfing gestern den österreichischen Gesandten Grafen Goluchowski, welcher ein äußerst sympathisches und herzliches Antwortschreiben des Kaisers von Oesterreich auf die Anzeige von der Ernennung des Prinzen Ferdinand zum Thronfolger überreichte. — Der „Agence Roumaine“ zufolge sind die Kammer durch ein königliches Dekret für den 21. Mai zu einer vierzehntägigen Tagung einberufen. (Die Tagung gilt hauptsächlich der Erledigung des Budgets.) — Von der „Independance roumaine“ wird berichtet, der von der Opposition der Regierung zugesandte Gesetzentwurf, welcher der Regierung das Recht der Ernennung der Bürgermeister in den Landgemeinden vorbehalten, sei nicht geplant, die Regierung ermäge aber allerdings eine Reform des Gemeindegesetzes, da alle Parteien die Nothwendigkeit derselben anerkannt hätten.

Bulgarien.

Sofia, 15. Mai. Die Nachricht auswärtiger Blätter von einem angeblich geplanten Komplott gegen den Prinzen Ferdinand von Coburg entbehrt jeder Begründung. (Ein solches Komplott sollte angeblich für die Zeit der Anwesenheit des Prinzen Ferdinand in Burgas projektiert worden sein.)

— Welche Art von Schwierigkeiten für die Regelung des Verkehrs aus den eigenartigen politischen Verhältnissen der Balkanhalbinsel hervorgehen mag, erhebt aus einem Bericht der „Pol. Korr.“ aus Sofia, worin nachfolgendes mitgeteilt wird: „Die bulgarischen Delegationen bei der in Konstantinopel abgehaltenen Tarifkonferenz, die Herren Nikow und Stouidew, sind nach Sofia zurückgekehrt, nachdem sich zwischen ihnen und den Vertretern der Betriebsgesellschaft der Orientbahnen über die Frachttarife, welche bei Transporten von den Stationen in Ostrumelien nach denjenigen auf den Strecken Adrianopel-Konstantinopel und Adrianopel-Debagatsch in Anwendung zu bringen sind, eine Differenz ergab, deren Beilegung bisher nicht gelungen ist. Die Vertreter der Betriebsgesellschaft der Orientbahnen wollten nämlich zwar die für den internationalen Verkehr vereinbarten Frachttarife für die Transporte von den ostrumelischen Stationen nach dem Auslande zu gestehen, weigerten sich aber entschieden, dieselben Tarife auch in den Beziehungen der ostrumelischen Stationen mit den Strecken Adrianopel-Konstantinopel und Adrianopel-Debagatsch zur Anwendung zu bringen. Nun ist aber der Verkehr Ostrumeliens nach dem Auslande nahezu gleich Null, während der Export der wichtigsten Landesprodukte Ostrumeliens, wie Getreide und Großvieh, auf den Strecken Adrianopel-Konstantinopel und Adrianopel-Debagatsch sich bewegt. Da nun die Betriebsgesellschaft diesbezüglich ihre Lokaltarife aufrecht erhalten will, welche sich bedeutend höher stellen, als die von der Konferenz vereinbarten internationalen Tarife, so entsteht hierdurch für den ostrumelischen Verkehr ein großer Nachtheil, der die bulgarischen Vertreter veranlaßte, den Beschlüssen der Konferenz nicht beizutreten. Die Vertreter der Betriebsgesellschaft begründeten ihren Standpunkt damit, daß sie geltend machten, daß Ostrumelien staatsrechtlich nicht zu Bulgarien gehöre, daß die Eisenbahn in Ostrumelien nur einen Theil der Hauptlinie Adrianopel-Konstantinopel bilde und die Betriebsgesellschaft demnach das Recht besitze, ihre eigenen Tarife im Lokalverkehr zur Anwendung zu bringen. Gegen diese Anschauungen haben die bulgarischen Delegationen, indem sie sich gleichzeitig der weiteren Theilnahme an der Konferenz enthielten, Protest erhoben und vorausichtlich wird nun die bulgarische Regierung selbst zum Schutze der volkswirtschaftlichen Interessen Ostrumeliens in dieser Frage interveniren, unter Hervorhebung der Thatsache, daß die Verwaltung Ostrumeliens durch einen internationalen Akt dem jeweiligen Fürsten von Bulgarien anvertraut ist.“

Zeitungsstimmen.

Zum Abschluß der zweiten Beratung der Invaliditäts- und Altersversicherung bemerkt die „Post“: „Man kann es verstehen, warum Vertreter östlicher Wahlkreise aus den speziellen

Bedürfnisse und Wünschen der letzteren zu einer ablenkenden Stellungnahme gelangen. Nicht minder, wenn fälschliche Abgedruckte zu dem gleichen negativen Ergebnis durch die Ermögung kommen, daß das Tempo der sozialen Gesetzgebung für die Aufnahmefähigkeit ihrer Landesleute zu rasch ist. Aber von dem Standpunkte der Allgemeinheit, des Gemeinwohls des gesamten deutschen Volkes muß man zu dem entgegengesetzten Schlusse gelangen. Sozialpolitisch ist die rechtliche Sicherung von zwölf Millionen Arbeitern gegen Noth bei hohem Alter oder bei Arbeitsunfähigkeit ein großartiger Fortschritt auf dem Wege der Beseitigung derjenigen wirtschaftlichen Nachteile, welche den Arbeiter gegenüber der übrigen Bevölkerung zurücksetzen. Der Sicherung gegen die Gefährdung der Existenz in Folge von Vernichtung oder Beeinträchtigung der Arbeitsfähigkeit durch Krankheit oder Unfall reißt sich als drittes hochbedeutungsvolles Glied die Sicherung bei Invalidität und in hohem Alter an. Es fehlt zum Abschlusse dieses Gesetzes alsdann noch die Witwen- und Waisenerziehung. Zugleich sprechen politische Gründe von Gewicht für das Zustandekommen der Vorlage. Ihr Scheitern würde, wie die Dinge jetzt liegen, ein weiterer Schlag gegen die Regierung und die ihre bekannte Politik unterstützenden Parteien sein und der Opposition neue Nahrung zuführen. Das zu thun, wäre zur Zeit ein großer Fehler. Es darf daher mit Bestimmtheit erwartet werden, daß die gewichtigen sozialpolitischen und politischen Gründe, welche für die Annahme sprechen, bei der Schlussabstimmung die Waagschale zu Gunsten des Gesetzes senken werden."

Die "Konfessionelle Korrespondenz" äußert mit großer Entschiedenheit die Ansicht, daß die **ausländischen Kohlenarbeiter** in der Erklärung der Direktoren den Weg zur Einigung finden sollten:

"Noch unserer Ueberzeugung sollten die Arbeiter in die ihnen so entgegengetretene Hand vertrauensvoll einschlagen. Eine mangelhafte Erfüllung der Forderung ist nicht anzunehmen, nicht nur weil ein Recht, den Grubenverwaltungen eine solche hinterhältige Absicht zuzutragen, nicht vorliegt, sondern auch weil diese wissen, daß sich in diesem Falle ein Sturm des öffentlichen Unwillens gegen sie erheben würde. Andererseits sollten die Bergleute nicht vergeßen, daß sie formell im Unrecht sind, wenn sie es auf eine Fortsetzung des Kampfes ankommen lassen wollen, die bei weitem schwächer gestützte Seite sind, so daß zugestanden werden muß, daß die Bergwerksverwaltungen, wenn sie beide Punkte übersehen, das Aeußerste thun, was billiger Weise von ihnen erwartet werden kann, ja was sie, ohne ernstlich begründete Bedenken herauszufordern, mit keiner weiteren Konzession überschreiten dürfen." Die "Konf. Korresp." findet auch, daß das Militär wegen des Blutes, das im Kohlenrevier hak fließen müssen, kein Tadel treffe, und wendet sich dabei mit aller Schärfe gegen die Art, wie die "Freisinnige Zeitung" aus diesen belagenswerthen Vorgängen Kapital zu schlagen sucht. Sie schreibt: "Aus allen Berichten geht überstimmt hervor, daß durch das rechtzeitige Eingreifen des Militärs, bei der vielfach bedrohlichen Haltung der Bergleute, unübersehbarer Unglück verhütet und von den Truppen überall bis an die Grenze des Möglichen Rangmuth bewiesen und — vielleicht mit einiger Ausnahme des Hochmuthes — mit voller Ruhe und Besonnenheit verfahren ist. Für Leute freilich, die mit der "Böchner Jg." und der "Frei. Jg." erklären: "Mag Einer sagen, was er will, der Anblick von Bidelhauben und Bajonnetten reizt die Massen," ist unser preussischer Staat nicht eingeknickt, und sie thäten am besten, sich für diese Reizbarkeit gegen den Anblick einer Uniform ein anderes voffenderes Klima anzuschaffen. Wir möchten freilich wissen, ob dieselben Leute, wenn es sich um den Schutz ihres eigenen Eigenthums handelte, die gleiche Abneigung gegen "Bidelhauben und Bajonnetts" an den Tag legen und auch in diesem Falle Artitelchen mit der hegeßischen Einleitung: "Die Hülse schießt und der Säbel haut!" schreiben würden. Im Uebrigen stehen wir nicht an, unumwunden auszusprechen, daß wir die Opfer an Menschenleben, welche dieser Streik gekostet hat, zwar auf das tiefste beklagen, daß wir andererseits aber überzeugt sind, daß der Umsturzpartei nicht früh genug und nicht nachdrücklich genug zum Bewußtsein gebracht werden kann, daß in Deutschland die Obrigkeit eine kräftige Hand hat und hier mit Revolten nicht gespielt wird."

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 16. Mai.

Während des gestrigen Tages konnte bei Ihrer königlichen Hoheit der Kronprinzessin von Schweden und Norwegen eine Abnahme des Fiebers festgestellt werden; die Nacht war ruhig. Heute ist die Temperatur der hohen Kranken normal und die Entzündung ist nicht fortgeschritten. Die gleiche Vorsicht wie bisher ist auch für den weiteren Verlauf der Krankheit angeordnet worden.

(Der Evangelischen Diakonissenanstalt) hier wurde für ihre Bauwerke von Ihrer Großherzoglichen Hoheit Prinzessin Elisabeth ein Betrag von 200 M. zugewendet.

(Großherzogliches Hoftheater.) Die für heute Abend anberaumte Aufführung der neu einstudirten Oper "Tannhäuser" mußte abgefragt werden, da Herr Oberländer durch Heiserkeit verhindert ist, zu singen. Bei den umfangreichen scenischen Vorbereitungen, welche für die Tannhäuser-Aufführung getroffen sind, ist es aber unmöglich, ein anderes Stück an Stelle der Wagner-Oper zu setzen, und infolge dessen fällt heute die Theatervorstellung ganz aus.

(Offenburg, 15. Mai. Weinausstellung. — Handelschule. — Konzert.) Die von dem landwirtschaftlichen Bezirksvereine im Schulbaue in Zell-Weierbach veranstaltete Weinausstellung war von 88 Ausstellern mit 174 Proben Weißwein, Kleiner, Klingelberger, Klänker, Rothwein, Weißherbst, weißem Burgunder der Jahrgänge 1883 bis 1888 besetzt. Die mit der Ausstellung verbundene Preisauszeichnung wurde von dem Preisgerichte unter Leitung des Herrn Geh. Hofrath Dr. Neßler in der Weise erledigt, daß acht Preise, fünf große und fünf kleine Anerkennungsurkunden zuerkannt wurden. Außerdem wurden eine sehr große Anzahl Weine als gute bezeichnet. An die Ausstellung schloß sich eine landwirtschaftliche Vesperung an, in welcher Herr Geh. Hofrath Dr. Neßler einen sehr ansprechenden Vortrag über die bei der Ausstellung gemachten Beobachtungen und den Weinbau hielt. — Die Jahresprüfung der Handelsschule, die kürzlich stattfand, hatte erfreuliche Ergebnisse aufzuweisen. Drei Kaufleute erhielten Unterricht in Handelskunde, drei Professoren im Französischen und Englischen, ein Reallehrer im Rechnen, ein Hauptlehrer im Deutschen. Dank der Beihilfe der Gemeinde, der Unterstützung des Staates, dem

Zufusse des Kaufmännischen Vereins und wiederholter Spenden des Vorkaufvereines ist die Schule im Stande, der ihr gestellten Aufgabe gerecht zu werden. — Das dritte Cäcilienvereinskonzert findet kommenden Samstag, Abends 8 Uhr statt.

Verchiedenes.

W. Peterwaldau (Schlesien), 15. Mai. (Unwetter.) Von heute Mittag zwei Uhr ab wurde die Gegend des Culen-gebirges von einem furchtbaren Unwetter heimgesucht. Die Felder und Saaten sind durch wiederholte Hagelstauer und einen wolkenbrudartigen Regen verwüßt, die Dörfer Kaschbach, Schmiedegrund und Steinseiferdorf überschwemmt, die Scheunen, Ställe und Brücken weggerissen und die Ghausse von Kaschbach bis Albrichshöhe mehrfach durchbrochen worden.

W. München, 15. Mai. (Kunstaussstellung.) Der Einlieferungstermin für die hiesige Kunstaussstellung ist für Münchener Künstler bis zum 1. Juni und für auswärtige bis zum 10. Juni hinausgeschoben worden. Die Eröffnung bleibt nach wie vor auf den 1. Juli festgesetzt.

W. Mainz, 15. Mai. (Erinnerungsfeier.) Am 31. Mai d. J. feiert die Stadt Oppenheim a. Rh. den 200. Erinnerungstag ihrer Zerstörung durch die Raubscharen Ludwigs XIV. und zugleich das Fest der Wiederherstellung der Katharinenkirche daselbst, die man nicht mit Unrecht als "die Perle unter den Bauwerken rheinischer Städte" bezeichnet hat. Seine Majestät der Kaiser, Allerhöchstdessen Theilnahme an der Feier anfangs in Aussicht gestellt war, mußte leider wegen bereits anderweitig getroffener Dispositionen davon absehen, dagegen wird Seine königliche Hoheit der Großherzog von Hessen an dem Feste sich betheiligen. Das Fest wird — dank dem Zusammentreffen verschiedener glücklichen Umstände — dem Rahmen weit überschreiten, welcher solchen Festen durch den Umfang der Feststadt gezogen zu sein pflegt. Da es in Oppenheim an einem zur Aufnahme einer größeren Festversammlung geeigneten Raume fehlt, beschloß das Festkomitee eine Festhalle in großem Stile zu erbauen. Zur würdigen Ausschmückung der Halle stellt die Stadt Mainz sämtliche Dekorationsstücke der Stadthalle zur Verfügung.

* London, 15. Mai. (Die Eisenbahnbrücke über den Dee), welche die Königin am 22. August in Person eröffnen wird, soll die größte Drehbrücke der Welt sein. Der drehbare Theil der Brücke ist 287 Fuß lang und 16 Fuß hoch. Die Brücke wird die Verbindung herstellen zwischen der Manchester, Sheffeld und Lincolnshire und der Great Northern-Eisenbahn.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 16. Mai. Der Reichstag erteilte heute zu dem Bericht der Reichsschuldenkommission, ohne weitere Erörterung die Decharge und erledigte eine Reihe von Petitionen nach den Kommissionsbeschlüssen. Ferner wurden die Petitionen betr. die Befreiung und Beschränkung des Kaffeeterminhandels an den Reichskanzler zur Erwägung verwiesen. Der Abg. Boermann hatte den bezüglichen Antrag auf das Entschiedenste bekämpft.

Morgen um 12 Uhr dritte Lesung des Gesetzes betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung der Arbeiter.

Dresden, 16. Mai. In der vergangenen Nacht um 1 Uhr schlug der Blitz in das Pulvermagazin der Festung Königstein. Dasselbe flog mit angeblich mehreren hundert Granaten in die Luft. Der Wachtposten blieb unversehrt. In den umliegenden Dörfern sind sämtliche Fensterscheiben zertrümmert.

Gelsenkirchen, 16. Mai. Eine Versammlung von Delegirten der Arbeiter aller Zechen im Kreise Gelsenkirchen beschloß, dem am Sonntag in Bochum zusammen tretenden Delegirtenkongress der Arbeiter für Rheinland und Westfalen den Antrag vorzulegen: In dem Bestreben, dem von Seiner Majestät dem Kaiser in der Audienz ausgesprochenen Wunsche entgegenzukommen, ja in der Hoffnung, daß die vom Kaiser zugesagte Prüfung unserer gerechten Forderungen zur Erfüllung bringen wird, schlagen wir den Belegschaften vor, erstens die Arbeit wieder aufzunehmen, zweitens daß die Deputirten der Belegschaften die letzteren bis zu einer anderweitigen Wahl bei Verhandlungen mit den Zechenverwaltungen und den Behörden bezüglich der festzuhaltenden Ansprüche vertreten.

Essen, 16. Mai. Nach der "Rheinisch-Westfälischen Zeitung" wird die Lage im Kohlenreviere sichtlich besser, wenn auch eine wesentliche Veränderung noch nicht eingetreten ist. Auf vielen Zechen ist die Zahl der Arbeiter, welche anfahren, vermehrt, auf mehreren sogar in erheblicher Weise. Im Werdener und Mülheimer Revier wird voll gearbeitet, obgleich in der gestern abgehaltenen Versammlung der Bergarbeiter in Werden beschlossen wurde, den Ausstand fortzusetzen und auf der Erfüllung sämtlicher Forderungen zu bestehen. Im Dortmunder Revier wird auf den Zechen "Königsborn" und "Wespen" voll gearbeitet, auf anderen Zechen theilweise. Der Eindruck, den die Ansprache Seiner Majestät des Kaisers gemacht, ist augenscheinlich ein tiefer. Von Seiten der Zechenverwaltungen sind weitere Kundgebungen nicht ergangen; dieselben sind dem Vernehmen nach entschlossen, die Entwicklung der Dinge abzuwarten.

Aachen, 16. Mai. Im Schweizer Bergwerksbezirk herrschte gestern vollständige Ruhe. Die angesagte Arbeiterversammlung hat nicht stattgefunden, dagegen wurde von den Arbeitern der Grube "Nothberg" in Weißweiler eine große Versammlung abgehalten.

Aachen, 16. Mai. Die Belegschaft der Zeche "Nordstern" hat heute die Arbeit niedergelegt.

Aachen, 16. Mai. Dem "Echo" zufolge ist der Ausstand auf den Gruben "Centrum" und "Nothberg" gestern Mittag beendet worden. Die Verwaltung gewährte eine Aufbesserung der Löhne, für die Hauer einen Minimallohn von 3 M., für die Schlepper einen solchen von 2 1/2 M. und bei der Akkordarbeit entsprechend höhere Löhne, ferner die Freigabe des Deles und wohlwollende Behandlung seitens der Unterbeamten.

Breslau, 16. Mai. Die "Schlesische Zeitung" meldet: Im Waldenburger Kohlenrevier wurden gestern von Nachmittags 3 Uhr ab die Schanfkästen im Streifbezirke geschlossen. Der Abgeordnete Schneidermeister Kühn (Langenbielau) soll am Westabhange des Hochwaldes eine Versammlung von Bergarbeitern abgehalten haben. Die Grubenverwaltungen sind geneigt, in ihren Konzeptionen so weit zu gehen, wie es der Betrieb erlaubt. Gestern sind 2 Bataillone des 10. Regiments, heute 2 Schwadronen Kavallerie in das Kohlenrevier abgegangen. Die Werke von Gottesberg und Nothberg wurden von einer Kompanie Jäger aus Hirschberg besetzt.

Wien, 16. Mai. Ihre Majestäten der König und die Königin von Dänemark sind hier eingetroffen.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harder in Karlsruhe.

Familiennachrichten.

Karlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register.
Geburten. 14. Mai. Hedwig Anna, B.: Albin Meier, Wirtsh. — 15. Mai. Karolina B.: Janos Gsmann, Pader. — Cheaufgehob. 15. Mai. Deumann Molt von Crailsheim, Architekt hier, mit Maria Meyer von Wehr.
Eheschließungen. 16. Mai. Rudolf Febr. v. Langermann und Erlencamp L. von Groß-Glogau, Premierlieutenant in Ertlingen, mit Ida v. Stoesser von Görsch. — Ludwig Darbrecht von Schwarzach, Friseur hier, mit Katharine Kaiser von Schallstadt. — Johann Karl von Oberburken, Kaufmann hier, mit Pauline Klümmer von Oberburken. — Heinrich Bayer von Wehringen, Architekt hier, mit Julie Herlan, Wwe., von hier.
Todesfälle. 15. Mai. Christiane, Ehefrau von Otto Munding, Hofmehrschreiber, 70 J. — Wilhelm Geigle, ledig, Maurer, 24 J. — Otilie, 5 J., B.: Christ. Gab. Meier, Briefträger.

Witterungsbeobachtungen der Meteor. Station Karlsruhe.

Mai.	Barom. mm.	Therm. in C.	Relat. Feucht. in mm.	Wind.	Summe.
15. Nachts 9 U.	745.7	+17.8	12.1	80	SW bedekt
16. Morgs. 7 U.	747.8	+15.4	11.0	85	" f. bew.
16. Mitts. 2 U.	747.7	+21.2	11.2	61	" "

Wasserstand des Rheins. Magau, 16. Mai, Morgs. 4.76 m, gestiegen 1 cm.

Wetterkarte vom 16. Mai, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Die Luftdruckvertheilung ist jener vom Vortage noch sehr ähnlich; auch heute verursacht eine über Deutschland liegende flache Depression in weiter Umgebung vorwiegend trübes oder veränderliches, stellenweise auch regnerisches Wetter. Die Temperaturen sind in Nordeuropa gefallen, sonst sind sie im Allgemeinen wenig verändert. Ueber Irland ist eine neue Depression aufgetaucht.

Frankfurter telegraphische Kurzberichte vom 16. Mai 1889.

Staatspapiere.	Wahntien.
4% Deutsche Reichsanleihe	Staatsbahn 209 1/8
4% Preuss. Kons. 106.95	Sombarden 95 1/8
4% Baden in fl. 103.20	Galizier 178.—
4% " in M. 105.20	Esthlat 184.20
Deuterr. Goldrente 94.90	Wiedensburger 168.50
Silberrent. 74.20	Rainzer 119.70
1877r. Ruffen —	Gotthard 143.30
1880r. —	Wesel und Sorten.
Il. Orientanleihe 68.—	London 20.46
Italiener 97.80	Paris 82.—
Egypter 94.60	Wien 172.90
Spanier 77.50	Napoleonsdor 16.25
Serben 88.—	Privatdiskonto 1 1/8
Kreditaktien 264 1/2	Had. Zuckerfabrik 123.40
Disconto-Kommandit 241.—	Kreditaktien 264 1/2
Basler Bankver. 158.10	Staatsbahn 209 1/8
Darmstädter Bank 171.—	Sombarden 95 1/8
5% Serb. Hyp. Ob. 89.—	Tendenz: schwächer.

Berlin.	Wien.
Def. Kreditakt. 168.10	Kreditaktien 305.90
Sombarden 52.40	Wartnoten 57.87
Darmstädter 240.90	Ungarn 103.10
Karlsruhe 136.60	Tendenz: fest.
Dortmunder 93.40	8% Rent. 87.60
Marienburger 79.40	Spanier 76 3/8
Böhm. Nordbahn —	Egypter 468.—
Tendenz: —	Ottomane 553.—
	Tendenz: —

